

31.08.2004 - 15:04 Uhr

(SGB) Familienpolitik: Nun müssen Taten folgen

Bern (ots) -

Der SGB begrüsst es, dass die Familienpolitik künftig koordinierter und somit auch zielorientierter betrieben werden soll. Dazu sind der Familienbericht 2004 und die weiteren Grundlagenmaterialien ein wichtiger Baustein. Familienpolitik muss sich an sozial- und gleichstellungspolitischen Zielen orientieren, d.h. Familienarmut verhindern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für erwerbstätige Mütter und Väter fördern. Sinnvoll ist eine stärkere Koordination der Beteiligten auf allen föderalistischen Ebenen.

Neben dem Ausbau qualitativ guter familienergänzender Kinderbetreuung braucht es gezielte sozialpolitische Massnahmen wie die Vereinheitlichung und Erhöhung der Kinderzulagen gemäss der eingereichten Volksinitiative Für faire Kinderzulagen. Familienpolitische Massnahmen sind nicht zum Nulltarif erhältlich. Dafür müssen auch entsprechende Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Dass der Staat eine stärkere Rolle spielen muss und Familienpolitik nicht allein privater Initiative überlassen werden kann, dokumentiert der Bericht indem er die Lücken und grossen Unterschiede je nach Kanton oder Gemeinde aufzeigt. Eine wichtige Rolle kommt den Arbeitgebern zu. Bereits heute sind die Arbeitgeber nach Arbeitsgesetz verpflichtet bei den Arbeitsbedingungen auf Personen mit Familienpflichten Rücksicht zu nehmen. Hier sind konkrete weitere Massnahmen notwendig, damit Berufs- und Familienarbeit tatsächlich vereinbar wird. Ein JA zum Erwerbsersatz bei Mutterschaft ist Voraussetzung dafür.

Auskünfte:

Natalie Imboden, SGB-Zentralsekretärin, 031 377 01 17

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100003695/100478786> abgerufen werden.